

Gemeinsam lernen in einer sozialen Schule

- Standpunkte der Landesarbeitsgemeinschaft Bildung-

Bildung baut in Deutschland und besonders auch in Baden-Württemberg soziale Unterschiede nicht ab, sondern vergrößert sie. Die Chance, ein Gymnasium zu besuchen, ist für Kinder von Reichen um ein Vielfaches höher als für Kinder der breiten Mehrheit. Trotz des PISA-Schocks konnte die Lesekompetenz von 15-jährigen nicht gesteigert werden.

Eine zunehmende Leistungsverdichtung wegen der bei gleichen Anforderungen um ein Jahr verkürzten Lernzeit im Gymnasium (G8) zwingt Jugendliche zu täglichen Arbeitszeiten um 10 Stunden. Eltern fühlen sich schon in der Grundschule als Hilfslehrer und sind danach in der Regel bei der Hausaufgabenbetreuung überfordert. Davon profitieren private Nachhilfe-Institute. Mit Hilfe der „Grundschulempfehlung“ werden Kinder am Ende der Grundschulzeit in ein überholtes dreigliedriges Schulsystem gezwungen.

Unser Bildungssystem ist also unsozial und kann nicht angemessen auf die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen unserer Kinder eingehen. Dies gilt zunehmend vor allem für Kinder von Migranten, deren Benachteiligung der UN-Sonderbeauftragte Vernor Munoz im Juni 2009 erneut als Verstoß gegen die Menschenrechte bezeichnete. Munoz machte deutlich: Die Selektion von Kindern in ein dreigliedriges Schulsystem sowie Sonderschulen ist nicht mit den von der Bundesrepublik ratifizierten UN-Konventionen vereinbar.

Frühkindliche Bildung

Seit Beginn des Kindergartenjahrs 2009/2010 ist der Orientierungsplan für die vorschulische Bildung und die Kooperation Kindergarten-Grundschule verbindlich. Kindertagesstätten wurden zu Bildungseinrichtungen. Viel stärker als bisher ist damit eine gemeinsame Verantwortung von Kommunen und Land betont. Eine Umsetzung ist nur möglich, wenn auch die Bedingungen an den Kitas verbessert werden und das Land seiner gemeinsamen Verantwortung auch bei der Finanzierung gerecht wird. Die Anforderungen an Beobachtung, Dokumentation und Elternarbeit einerseits, eine Förderung in heterogenen Gruppen andererseits können nur gelingen durch eine Verbesserung von Fortbildung und Personalschlüssel. In Gruppen von bis zu 28 Kindern wird sich die individuelle Förderung gerade benachteiligter Kinder verschlechtern, da den Erzieherinnen dafür künftig weniger Zeit bleibt. Die neue Einschulungsuntersuchung bringt nur zusätzliche Arbeitsbelastung, wenn nicht gleichzeitig Fördermöglichkeiten vor allem für die Sprachentwicklung geschaffen werden. Genau hierfür aber will das Land kein Geld ausgeben.

Wir stehen für ein für integratives Lernen schon im Kindergarten. Das Aussortieren von Sprachfördergruppen lehnen wir ab, da Kinder vor allem voneinander lernen und Selektionserlebnisse immer auch Niederlagenerfahrungen sind.

Gleichzeitig droht angesichts der durch die kommunalen Spitzenverbände empfohlenen flächendeckenden Erhöhung von Kindergarten- und Hortgebühren um teilweise über 50% eine Verdrängung gerade sozial Schwacher aus den Kitas. Hortkosten von über 250€ für ein Kind können sich gerade die vielen Alleinerziehenden nicht mehr leisten, die wegen fehlender Betreuung in Hartz IV stecken. Die üblich gewordene Festlegung der Gebühren ohne Rücksicht auf das Einkommen ist ein sozialpolitischer Skandal, ebenso wie die unterschiedliche Höhe der Elternbeiträge zwischen 1% und über 20% der Kosten.

Grundschule

Die Grundschule ist eine im Kern gut funktionierende Gemeinschaftsschule („Eine Schule für alle“), die – wie in fast allen europäischen Ländern – bis zum Ende der Sekundarstufe I weiter geführt werden könnte. Sie steht aber unter einem gewaltigen Selektionsdruck, weil sie die Kinder den vorgegebenen Schularten zuteilen muss. Das belastet die einteilenden Lehrer und Lehrerinnen, beschädigt aber vor allem viele Kinder, was zu einer Zunahme psychischer Erkrankungen führt. Eine differenzierte Förderung setzt auch hier vor aus, dass sich die Lehrkräfte dem einzelnen Kind zuwenden können. Der Klassenteiler muss daher vorrangig an Grundschulen abgesenkt werden.

Hauptschule und neue Werkrealschule

Der Besuch der Hauptschule wird zunehmend als Stigmatisierung empfunden. Immer mehr Eltern und Jugendliche lehnen die Hauptschule ab, da sie erkennen, dass deren Absolventen und Absolventinnen zunehmend zu den Verlierern eines ungerechten Schulsystems gehören: Ihre Chancen auf eine Lehrstelle und damit auf eine ansprechende Arbeit werden immer schlechter. 70% der Hauptschulen sind von Schließung bedroht. Doch wenn auf dem Land und in den Stadtteilen Hauptschulen geschlossen werden, werden die Schulwege für die Schüler und Schülerinnen vielerorts unerträglich lang. Außerdem verlieren selbst große Gemeinden einen wichtigen Teil ihrer kulturellen Identität.

Die neue Werkrealschule (NWR) ist keine Alternative, sondern letztlich nur die Ankündigung geplanter Schulschließungen. Sie droht zur bildungspolitischen Sackgasse zu werden.

Zunehmender Druck am Gymnasium

Die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit um ein Jahr (Mittlere Reife jetzt nach Klasse 9) führte zu einer massiven zeitlichen und inhaltlichen Überbelastung von Schüler und Schülerinnen, Eltern und Lehrkräften. Diese wird verschärft durch den gleichzeitigen Anstieg der Übergangsquoten von der Grundschule ins Gymnasium auf bis zu 70%.

Unsere Forderungen sind daher folgende:

Kindergartengebühren abschaffen

Wir setzen uns dafür ein, dass Kitas als Bildungseinrichtungen kostenlos besucht werden können. Die erforderlichen Mittel sollen über eine gerechtere Besteuerung aufgebracht werden.

Abschaffung der verbindlichen „Grundschulempfehlung“

Eltern von Viertklässlern sollen das Recht haben, ihre Kinder ohne Einschränkung gemeinsam in einer weiter geführten Klasse 5 zu belassen, wie dies eine Reihe von Schulen und Schulträgern beantragt hat. Gemeinsames Lernen ist für Kinder, die alle über unterschiedliche Stärken und Schwächen verfügen, ein Gewinn: Heterogenität fördert das Lernen.

Für wohnortnahe Gemeinschaftsschulen

Kinder und Jugendliche brauchen wohnortnahe Gemeinschaftsschulen, die alle Kinder aufnehmen (inklusive Schulen) und zumindest bis zu einem mittleren Abschluss führen. Wir unterstützen Kommunen und Elterninitiativen, die ein längeres gemeinsames Lernen und „Eine Schule für alle“ anstreben.

Schulen müssen attraktiv sein

Schulen müssen so gestaltet werden, dass Kinder und Jugendliche sie gern besuchen. Das gilt für ihre Inhalte, ihre Lernmethoden und den schulischen Lebensraum. Um auf die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und Interessen der Kinder und Jugendlichen angemessen eingehen zu können, müssen die Lerngruppen deutlich verkleinert und es müssen unterschiedliche Lernstrategien (z.B. Wochenpläne, Projekte, Lernwerkstätten) angeboten und gefördert werden.

Der Unterricht und alle außerunterrichtlichen Tätigkeiten müssen durch fachlich gut ausgebildetes Personal erfolgen. Die Schulsozialarbeit muss ausgeweitet werden. Ihre Finanzierung erfolgt gemeinsam durch Land und Kommunen (je 50%).

Schulen müssen demokratisch verfasst sein

Schüler und Schülerinnen, Eltern und das Schulpersonal müssen gleichberechtigt an der Organisation und Weiterentwicklung ihrer Schule beteiligt sein.

Bildung ist ein öffentliches Gut

Umfassende Bildung aller Bürger ist eine zentrale Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft. Deshalb muss sie auch gesellschaftlich finanziert und von gesellschaftlichen Institutionen organisiert werden. Allein durch Bildung kann soziale Ungleichheit nicht beseitigt werden. Dagegen wird soziale Ungleichheit durch Privatisierungen im Bildungsbereich verstärkt. Deshalb lehnen wir Privatisierungen ab.

Freiheit für regionale Schulentwicklung

Jede Kommune muss weiterführende Schulen zu Gemeinschaftsschulen erklären können. Dazu muss das Schulgesetz entsprechend geändert werden. Diese Schulen werden als Ganztageschulen mit entsprechenden Fördermaßnahmen, einem kulturellen Angebot und kostenlosem Mittagessen geführt.

Bildungsinvestitionen als Konjunkturprogramm

Unterricht, schulische Aktivitäten und Lernmittel müssen kostenfrei sein – auch dort, wo kulturelle Angebote durch Vereine und Jugendmusikschulen gemacht werden.

- Die Schulbaurichtlinien sind an pädagogische Veränderungen (Ganztageschule, offener Unterricht) anzupassen. Daher ist eine Finanzierungsoffensive für Schulausbau und Schulsanierungen unter Beteiligung des Landes und des Bundes dringend notwendig und darf nicht auf Energiesparmaßnahmen wie beim Konjunkturpaket II begrenzt werden.
- Die verfassungsmäßige Lernmittelfreiheit und Kostenfreiheit aller schulischen Maßnahmen und Angebote nach § 14 (2) wird sichergestellt, die zunehmende und verfassungswidrige Abwälzung solcher Kosten auf die Eltern muss rückgängig gemacht werden.

Gegen Ausgrenzung in der Schule

- Kinder armer Familien – nicht nur Hartz IV-Bezieher - müssen ein angemessenes kostenloses Starterset beim Schulbeginn und am Anfang jeden Schuljahres erhalten. Ein Sozialfond unterstützt die Teilnahme an Ausflügen und Schullandheimen.
- Das Mittagessen in Ganztageschulen und Kitas muss kostenfrei sein.
- Die Bezuschussung der Kernzeitbetreuung im Rahmen der verlässlichen Grundschule durch das Land muss eine kostenlose Nutzung für Kinder aus finanzschwachen Familien ermöglichen.

2.10.2009